

Fragebogen

zur Prüfung der Verfassungstreue

QUESTIONNAIRE regarding loyalty to the constitution of the Free State of Bavaria

(Bitte Name, Vorname und Geburtsdatum eintragen)

Please fill in surname, firstname and date of Birth

Von dem mir übergebenen Verzeichnis extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen habe ich Kenntnis genommen. Mir ist bekannt, dass ich bei den nachstehenden Fragen auch eine Mitgliedschaft oder Mitarbeit in anderen extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen und in extremistischen oder extremistisch beeinflussten Ausländervereinen anzugeben habe.

I have taken note of the list of extremist or extremist-influenced organisations. I am aware that in my answers to the questions below I must also disclose membership in or collaboration with other extremist or extremist-influenced organisations as well as extremist or extremist-influenced organisations of foreign nationals.

Die nachstehenden Fragen beantworte ich wie folgt:

I answer the questions below as follows:

1. Sind Sie oder waren Sie Mitglied einer oder mehrerer extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen?

Are you currently or have you ever been a member of one or more extremist or extremist-influenced organisations?

Nein

Ja

(Organisation) / (*organisation*)

(Zeitraum) / (*from ... to*)

(Funktion) / (*function*)

2. Unterstützen Sie eine oder mehrere extremistische oder extremistisch beeinflusste Organisationen oder andere verfassungsfeindliche Bestrebungen oder haben Sie solche unterstützt?

Do you support one or more extremist or extremist-influenced organisations or any other type of anti-constitutional efforts or have you done so in the past?

Nein

Ja

(Organisation oder andere verfassungsfeindliche Bestrebungen) / (*organisation or type of other anti-constitutional effort*)

(Zeitraum) / (*from ... to*)

(Art der Unterstützung) / (*type of support*)

3. Sind Sie für das frühere Ministerium für Staatssicherheit/für das Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen DDR oder für eine der Untergliederungen dieser Ämter oder ausländische Nachrichtendienste oder vergleichbare Institutionen tätig gewesen?

Did you work for the former "Ministry for State Security", the "Office for National Security" of the former GDR or for one of the sub-divisions of these organisations, foreign intelligence services or similar institutions?

Nein

Ja

(Zeitraum) / (*from ... to*)

(Funktion bzw. Art und Weise der Unterstützung) / (*function and/or type of support*)

Waren Sie sogenannter „Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit“ der ehemaligen DDR oder ausländischer Nachrichtendienste/Institutionen bzw. haben Sie eine Verpflichtungserklärung zur Zusammenarbeit mit einer der genannten Stellen unterschrieben?

Did you work for the former "Ministry for State Security" or the "Office for National Security" of the former GDR or for foreign intelligence services/institutions as a so-called "unofficial employee" or did you sign an agreement for cooperation with one of the above-mentioned institutions?

Nein

Ja

Falls ja, nähere Angaben / *If yes, please specify:*

4. Ist gegen Sie ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit eingeleitet worden?

Have legal proceedings been initiated against you for breach of basic human rights or the rule of law?

Nein

Falls ja, kurze Erläuterung / *If yes, please specify briefly:*

Ja

Ist in dem Verfahren nach Abschnitt II Nr. 2 bis 4 der Bekanntmachung eine Anfrage durchzuführen, so erkläre ich meine Zustimmung zur Einholung von erforderlichen Auskünften beim Landesamt für Verfassungsschutz, beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und bei der Zentralen Beweismittel und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen.

If, in the course of the procedure, an enquiry must be made in accordance with Section II No. 2 or 3 of the bulletin, I consent to any necessary information being obtained from the "Bavarian Office for the Protection of the Constitution", the "Federal Commissioner for the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic" and the "Central Registry of State Judicial Administrations".

(Ort/Datum) / (Place/Date)

(1. Unterschrift) / (1. Signature)

Erklärung

Aufgrund der **mir übergebenen Belehrung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst** (siehe Seite 3) erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass ich die darin genannten Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Ich versichere ausdrücklich, dass ich Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer obengenannten, grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze und auch nicht Mitglied einer hiergegen gerichteten Organisation bin oder war. Von dem **mir übergebenen Verzeichnis von Organisationen verfassungsfeindlicher Zielsetzung** (siehe Seite 4 ff.) habe ich Kenntnis genommen.

Ich bin mir darüber im klaren,

- dass ich bei falschen, unvollständigen oder fehlenden Angaben im Einstellungsverfahren damit rechnen muss, dass ich nicht eingestellt werde oder eine erfolgte Ernennung zurückgenommen wird, bzw. dass der Arbeitsvertrag angefochten wird,
- dass ich bei einem Verstoß gegen diese Dienst- und Treuepflichten mit der Entfernung aus dem Dienst bzw. mit einer außerordentlichen Kündigung rechnen muss.

Declaration

Having been informed about the obligation for loyalty to the constitution of the Free State of Bavaria of persons employed in the public service, I hereby expressly declare that I agree with the principles of the free democratic basic order as laid down in the Basic Law mentioned in this document and that I am willing to act, at all times, in a manner that advocates the free democratic basic order as laid down in the Basic Law (Grundgesetz) and helps maintain the principles of this free democratic basic order. I expressly declare that I do not support any efforts directed against the free democratic basic order or against one of the above-mentioned basic principles thereof and that I am not and have never been a member of an organisation pursuing objectives directed against the free democratic basic order or against one of the above-mentioned basic principles thereof. I have taken note of the list of organisations pursuing objectives hostile to the constitution.

I am aware that,

- *providing incorrect or incomplete information or refraining from providing certain information during the appointment process may lead to me not being permitted to enter into employment, my appointment being withdrawn or my employment contract being contested.*
- *in the case of me not complying with these obligations of loyalty and responsibilities of office, I must expect removal from office or extraordinary dismissal.*

(Ort/Datum) / (Place/Date)

(2. Unterschrift) / (2. Signature)

Auszug aus dem Abschnitt II der
**Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Pflicht zur
 Verfassungstreue im öffentlichen Dienst.**

2. Bestehen auf Grund der Angaben im Fragebogen, der Weigerung des Bewerbers, die Erklärung gemäß Anlage 3 oder Anlage 4 zu unterschreiben oder auf Grund anderweitig bekannt gewordener Tatsachen Zweifel daran, dass der Bewerber jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinn des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung eintritt, so müssen diese Zweifel vor einer Einstellung ausgeräumt werden. Mittel dazu sind insbesondere
 - eine Anfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz, ob Tatsachen bekannt sind, die Bedenken gegen die Einstellung begründen. Das Landesamt für Verfassungsschutz ist verpflichtet, Anfragen dieser Art unverzüglich zu beantworten. Liegen Erkenntnisse vor, so sind die Auskünfte auf Tatsachen zu beschränken, die gerichtsverwertbar sind.
 - eine Anfrage beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik mit Zustimmung des Bewerbers,
 - eine Anfrage bei der Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltung mit Zustimmung des Bewerbers.
3. Bei Bewerbern aus dem Beitrittsgebiet, die vor dem 12. Januar 1972 geboren sind, ist abweichend von Nr. 2 wegen einer möglichen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit bzw. Amt für Nationale Sicherheit der früheren DDR beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik mit Zustimmung des Bewerbers anzufragen.
4. Bei Bewerbern, die in einem der folgenden Staaten geboren wurden oder die Staatsangehörigkeit eines dieser Staaten besitzen oder besessen haben, ist abweichend von Nr. 2 in jedem Fall beim Landesamt für Verfassungsschutz mit Zustimmung des Bewerbers anzufragen.

Afghanistan, Ägypten, Algerien, Bahrein, Bangladesch, Eritrea, Indonesien, Irak, Iran, Israel (Personen mit palästinensischer Volkszugehörigkeit), Jemen, Jordanien, Kasachstan, Kirgisistan, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Pakistan, Saudia-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien, Tadschikistan, Tunesien, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate.

Das gleiche gilt bei Bewerbern, die keine Staatsangehörigkeit besitzen (sog. Staatenlose) oder deren Staatsangehörigkeit unbekannt oder ungeklärt ist.

Belehrung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

Nach dem Bayerischen Beamten-gesetz muss sich der Beamte durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinn des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Bayern bekennen und für ihre Erhaltung eintreten. Mit dieser Verpflichtung des Beamten ist insbesondere unvereinbar jede Verbindung mit einer Partei, Vereinigung oder Einrichtung, die die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinn des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung ablehnt oder bekämpft, oder die Unterstützung anderer verfassungsfeindlicher Bestrebungen (Art. 62 Abs. 2 des Bayerischen Beamten-gesetzes). Dementsprechend darf nach Art. 9 Abs. 1 Nr. 2 des Bayerischen Beamten-gesetzes in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinn des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Bayern eintritt.

Gleiche Vorschriften gelten auch für Richter (§ 9 Nr. 2 des Deutschen Richtergesetzes; Art. 2 Abs. 1 des Bayerischen Richtergesetzes in Verbindung mit Art. 62 Abs. 2 des Bayerischen Beamten-gesetzes).

Die Pflicht, sich durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinn des Grundgesetzes zu bekennen, ergibt sich für Arbeitnehmer aus § 3 Abs. 1 Satz 2 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinn des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. Urteil vom 23. Oktober 1952 - Az.: I BvB I 51 - Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 2 S. 1 ff. -; Urteil vom 17. August 1956 - Az.: 1 BvB 2 51 - Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 3 S. 85 ff. -) eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Gegenteil des totalen Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind insbesondere zu rechnen:

- Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien,
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen die durch die vorgenannten Grundsätze gekennzeichnete freiheitliche demokratische Grundordnung richten, ist unvereinbar mit den Pflichten eines im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob diese Bestrebungen im Rahmen einer Organisation oder außerhalb einer solchen verfolgt werden.

Bewerber für den öffentlichen Dienst, die an verfassungsfeindlichen Bestrebungen teilnehmen oder sie unterstützen, dürfen nicht eingestellt werden.

Beamte und Richter, die sich einer solchen Pflichtverletzung schuldig machen, müssen damit rechnen, dass gegen sie ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele ihrer Entfernung aus dem Dienst eingeleitet wird.

Arbeitnehmer müssen in diesen Fällen mit einer außerordentlichen Kündigung gemäß § 626 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches rechnen.

Bulletin of the Government of the Free State of Bavaria dated 3 December 1991, No. B III 3-180-6-403

on the obligation for loyalty to the constitution of the Free State of Bavaria of persons employed in the *Öffentlicher Dienst* (public service)

(*Bayerischer Staatsanzeiger* No. 49 dated 6 December 1991, page 1),

last amended through the bulletin of the Government of the Free State of Bavaria dated 27 November 2007

2. If the answers to the questions in this questionnaire, the applicant's refusal to sign ... the declaration or any other facts that have become known give reason to doubt the applicant's intention to advocate, at any time, the free democratic basic order as laid down in the *Grundgesetz* (Basic Law) and the Constitution of the Free State of Bavaria, these doubts must be eliminated prior to the applicant entering into employment. The means by which this shall be accomplished include
 - obtaining information from the *Landesamt für Verfassungsschutz* (Bavarian Office for the Protection of the Constitution) as to whether there is any known fact giving reason for objections to the applicant entering into employment. The *Landesamt für Verfassungsschutz* is obliged to respond to such requests for information without delay. If there are any facts on file, disclosure shall be limited to those facts that are usable in a court of law. Information on the respective facts shall be provided by the Bavarian Ministry of the Interior.
 - obtaining information from the *Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik* (Federal Commissioner for the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic), in the cases mentioned in Section 20 Subsection 1 No. 6 Letters d and h as well as Section 21 Subsection 1 No. 6 Letters d and h of the *Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik* (Act on the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic, StUG) with the applicant's consent.
 - obtaining information from the *Zentrale Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen* (Central Registry of State Judicial Administrations) with the applicant's consent.
3. No. 2 notwithstanding, information shall in any case be obtained, with the applicants consent, for applicants from the acceding territory who were born before 12 January 1972, in the cases mentioned in Section 20 Subsection 1 No. 6 Letters d and h as well as Section 21 Subsection 1 No. 6 Letters d and h of the *Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik* (Act on the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic, StUG) from the *Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik* (Federal Commissioner for the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic) due to the possibility of the applicant having worked for the *Ministerium für Staatssicherheit* (Ministry for State Security) or the *Amt für Nationale Sicherheit* (Office for National Security) of the former GDR.
4. No. 2 notwithstanding, information shall in any case be obtained from the *Landesamt für Verfassungsschutz* (Bavarian Office for the Protection of the Constitution), with the applicants consent, for applicants who were born in one of the following countries or hold or have held citizenship of one of the following countries:
Afghanistan, Algeria, Bahrain, Bangladesh, Egypt, Eritrea, Indonesia, Iran, Iraq, Israel (persons of Palestinian ethnicity), Jordan, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Kuwait, Lebanon, Libya, Mauretania, Morocco, Oman, Pakistan, Saudi Arabia, Somalia, Sudan, Syria, Tajikistan, Tunisia, Turkmenistan, United Arab Emirates, Uzbekistan, Yemen.
 The same shall apply to applicants who hold no citizenship (so-called stateless persons) or whose citizenship is unknown or unclear.

Information

on the Obligation for Loyalty to the Constitution of the Free State of Bavaria of Persons Employed in the *Öffentlicher Dienst* (Public Service)

The *Bayerisches Beamtengesetz* (Bavarian Civil Servants Act, BayBG) demands that *Beamte* (civil servants) act, at all times, in a manner that advocates and helps maintain the principles of the free democratic basic order as laid down in the *Grundgesetz* (Basic Law) of the Federal Republic of Germany and the Constitution of the Free State of Bavaria. Affiliations of any kind with a political party, an organisation or institution that opposes or combats the principles of the free democratic basic order as laid down in the *Grundgesetz* and the Constitution of the Free State of Bavaria as well as any support of other efforts directed against the free democratic basic order are, in particular, incompatible with this obligation of *Beamte* (Section 62 Subsection 2 *Bayerisches Beamtengesetz*).

This means that, in accordance with Section 9 Subsection 1 Number 2 *Bayerisches Beamtengesetz*, only those persons may be appointed into civil service (*Beamtenverhältnis*) that provide assurance of their willingness to advocate, at any time, the principles of the free democratic basic order as laid down in the *Grundgesetz* and the Constitution of the Free State of Bavaria.

The same applies to judges (Section 9 Number 2 *Deutsches Richtergesetz* (German Judiciary Act, DRiG); Section 2 Subsection 1 *Bayerisches Richtergesetz* (Bavarian Judiciary Act, BayRiG) in connection with Section 62 Subsection 2 *Bayerisches Beamtengesetz*).

The obligation of *Arbeitnehmer* (employees) to act, at all times, in a manner that advocates the principles of the free democratic basic order as laid down in the *Grundgesetz* arises from Section 3 Subsection 1 Sentence 2 *Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder* (Collective Agreement for the Public Service of German Federal States, TV-L).

According to decisions of the Federal Constitutional Court, the free democratic basic order in the sense of the *Grundgesetz* is defined as a state under the rule of law, free of any form of tyranny or arbitrary rule, based on the self-determination of the respective majority of the people as well as on the principles of freedom and equality (cf. verdict of 23 October 1952 - Az. I BvB I 51 - *Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts* (Compilation of the Decisions of the Federal Constitutional Court) Vol. 2 p. 1 ff. -; verdict of 17 August 1956 - Az. 1 BvB 2 51 - *Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts* Vol. 3 p. 85 ff. -). The free democratic basic order is the opposite of a totalitarian state that, as an exclusive regime, rejects human dignity, freedom and equality. The basic principles of this order include in particular:

- the observance of the human rights laid down in the *Grundgesetz* and, in particular, the observance of the right of every person to life and the free development of his/her personality,
- the sovereignty of the people,
- the division of powers,
- the accountability of the government,
- the observance of the law by the administration,
- the independence of the courts of justice,
- the multi-party system,
- equal opportunities for all political parties,
- the right to form an opposition and to practice opposition within the framework of the constitution.

Participation in efforts directed against the free democratic basic order characterised by the aforementioned principles is incompatible with the obligations of persons employed in the *Öffentlicher Dienst* (Public Service). This is true irrespective of whether these efforts are pursued within the context of an organisation or otherwise.

Applicants supporting or participating in activities hostile to the constitution must not be employed in the *Öffentlicher Dienst*.

Beamte and judges found guilty of any such violation of obligation must expect disciplinary proceedings to be initiated against them with the objective of removing them from office.

***Arbeitnehmer* found guilty of any such violation of obligation must expect extraordinary dismissal in accordance with Section 626 Subsection 1 *Bürgerliches Gesetzbuch* (German Civil Code, BGB).**

2030.3-I**Änderung der Bekanntmachung Verfassungstreue im öffentlichen Dienst**

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr

vom 18. April 2016, Az. IE3-0331-2

- Die Bekanntmachung Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst vom 29. November 2007 (AllMBl. S. 695, StAnz. Nr. 51) zu Abschnitt II Nr. 8 der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst – Verfassungstreue (VerföD) vom 3. Dezember 1991 (AllMBl. S. 895, FMBl. S. 510, StAnz. Nr. 49), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 27. November 2007 (AllMBl. S. 693, StAnz. Nr. 50) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Das Verzeichnis extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen wird im Rahmen einer Fortschreibung wie folgt gefasst:

**„Verzeichnis extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen
(nicht abschließend)**

I. Linksextremismus*Left-wing extremism*

- Antifaschistisches Aktionsbündnis
- Antifaschistisches Komitee – Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung (AKS)
- Antikapitalistische Linke (AKL)
- Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) Arbeitsgemeinschaft Cuba Si (Cuba Si)
- Autonome Gruppen einschließlich örtlicher Gruppierungen
- Bamberger Linke (Ba Li)
- Deutsche Friedens-Union (DFU)
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
- Die LINKE. Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband (DIE LIN KE.SDS)
- Frauenverband Courage
- Freie Deutsche Jugend (FDJ)
- Gegen Standpunkt (GSP), früher: Marxistische Gruppe (M G) – aufgelöst im Mai 1991 –
- Geraer/Sozialistischer Dialog (GSoD) internationale sozialistische linke (isl)
- Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) Jugendverband REBELL
- Kommunistische Partei Deutschland („Sektion Ost“, Sitz Berlin) Kommunistische Plattform (KPF)
- Kommunistischer Hochschulbund (KHB)
- Linksjugend (‘ solid)
- Marx 21
- Marxistisches Forum (M F)
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (M LPD)
- Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, früher: Bündnis München gegen Krieg
- Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitee Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)

- Rote Hilfe e.V. (RH)
- Solidarität International (SI)
- Sozialistische Alternative VORAN (SAV)
- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Sozialistische Linke (SL)
- Verein für Arbeiterbildung Nordbayern
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-Bd A)
- Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)

II. Rechtsextremismus*Right-wing extremism*

- Aktivitas der Münchener Burschenschaft Danubia (ab Januar 2001)
- Augsburger Bündnis – Nationale Opposition (ABNO)
- Blood & Honour – Division Deutschland mit White Youth – verboten seit September 2000 –
- Bürgerbewegung Pro München patriotisch und sozial e.V.
- Bürgerinitiative A (BIA) e.V., Sitz: Nürnberg
- Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) Augsburg Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) München
- Bürgerinitiative Soziale Alternative Oberpfalz (BISAO)
- Bürgerinitiative Soziales Fürth (BiSF)
- Demokratie Direkt München e.V. (mit Freundeskreis Demokratie Direkt München)
- Der Dritte Weg (III. Weg)
- Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)
- Deutsche Partei – Die Freiheitlichen (DP) bis 2008 Deutsche Volksunion (DVU)
- Deutsche Volksunion e.V. (DVU) einschließlich ihrer Aktionsgemeinschaften
- Deutschland-Bewegung/Friedenskomitee
- Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) DIE RECHTE
- Die Republikaner (REP) bis 2008
- Exilregierung des Deutschen Reiches
- Fränkische Aktionsfront (F.A.F.) – verboten seit 2004 –
- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) – verboten seit 1995 –
- Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.
- Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GFP)
- Heimattreue deutsche Jugend (H DJ) – verboten seit 2009 –
- Hilfsorganisation für nationale politische
- Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) Identitäre Bewegung Deutschland
- Junge Nationaldemokraten (JN)
- Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) – 2008 aufgelöst –
- Midgard e.V.
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
- Nügida
- Pegida Franken
- Pegida München e.V.
- Rechtsextremistische Kameradschaften und örtliche neonazistische Gruppierungen wie Kamerad- schaft

Hof, Bund Frankenland e.V., Kameradschaft Unterfranken, Kameradschaft München Nord, Freie Nationalisten Bayerischer Wald usw.

- Rechtsextremistische Skinheads, Hammer-Skins (mit örtlichen Gruppierungen und Skinhead-Bands)
- Ring Nationaler Frauen (RN F)
- Schutzbund für das Deutsche Volk (SDV)
- Überregionale Kameradschaftsbündnisse wie Freies Netz Süd (FNS), Nationales Bündnis Niederbayern (N BN) oder Freier Widerstand Süddeutschland (FWS)

III. Islamistische/islamistisch-terroristische / ausländerextremistische Bestrebungen *Extremist organisations of foreign nationals*

- Abu Nidal Organisation (ANO) Abu Sayyaf
- Ahlus-Sunnah wal Jama`a (Salağ)
- Ahrar a l-Sham (H akarat Ahrar a-Sham)
- Al Moqawama Al Islamiya (Islamischer Widerstand)
- Al-Aqsa Brigaden Al-Aqsa e.V.
- Al-Gamaa al-Islamiya (Islamische Gemeinschaft – Islamische Gruppen – GI –)
- Al-Ittihad al-Islami (Islamische Vereinigung), Somalia
- Al-Nahda, auch: En Nahda
- Al-Qaida (Die Basis), auch: Internationale Islamische Kampffront gegen Juden und Kreuzritter bzw. Internationale Islamische Front
- Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (Jemen, Saudi-Arabien)
- Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQM), früher: Salağyya-Gruppe für die Mission und den Kampf (GSPC)
- Al-Qaida im Zweistromland, auch Basis des Jihad im Zweistromland, Al-Qaida im Irak, Al-Qaida für den Jihad im Zweistromland
- Al-Qassem Brigaden
- Al-Tauhid, auch: Al-Tahwid
- Ansaar International / Düsseldorf e.V.
- Ansar al-Islam, bzw.: Jaish Ansar al-Sunna, früher: Jundal-Islam, Kurdische al-Tauhid, 2. Soran-Einheit, Kurdische Hamas ansarulaseer
- Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – in Deutschland verboten seit 1993 –, weitere Bezeichnungen: Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL bzw. KH K), Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KA-DEK), Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK), Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (KKK)
- Asbat al-Ansar (Aa A) Baath-Partei, Irak
- Babbar Khalsa International (BK) Befreiungsarmee von Kosovo (UCK)
- Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten (FESK)
- Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) Ciwanen Azad
- Daral-Shabab (Internationaler Jugendverein Dar al-Shabab e.V.) – in Deutschland verboten seit 2014 –
- Dawa-Team Frankfurt am Main (DAWAFFM) – in Deutschland verboten seit 2013 –
- Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)
- Demokratische Jugend (DEM -GENC)
- Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurden in Deutschland (NAV-DEM), früher: Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)
- Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) – in Deutschland verboten seit 1983 –
- Die Wahre Religion (DWR)
- Einladung zum Paradies (EZP) – in Deutschland verboten seit 2011 –
- Europäische Moscheebau- und Unterstützungs-gemeinschaft e.V. (EM UG)
- Farben für Waisenkinder e.V. (FFW), früher: Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP)
- Fazilet Partisi – FP – (Tugendpartei)
- Federal Islamic Organisation Europe (FIOE)
- Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)
- Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF)
- Föderation der demokratischen Aleviten (FEDA bzw. DAF), früher: Föderation der Aleviten aus Kurdistan (FEK bzw. KAF), Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB bzw. YEK)
- Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan) – in Deutschland verboten seit 1993 –
- Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)
- Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) Harakat Al-Shabab (Somalia)
- Harakat Ul-Ansar, Kaschmir
- Harekat al-Mujahidin (Bewegung der Mujahidin), Kaschmir/Pakistan
- Haus der Kurdischen Künstler e.V. (früher: HUNER-KOM)
- Helfen in Not e.V.
- Help 4Ummah e.V. Hezb-i Islami (H IA)
- Hilafet Devleti (Kalifatsstaat), früher: Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (ICCB) – in Deutschland verboten seit 2001 –
- Hisbul-Islami (Somalia)
- Hizb Allah (Partei Gottes)
- Hizbut-Tahrir (Partei der islamischen Befreiung) International Sikh Youth Federation (ISYF)
- Islamic Movement of Kurdistan (IM K)
- Islamische Audios – in Deutschland verboten seit 2013 –
- Islamische Avantgarden
- Islamische Bewegung Usbekistans (IBU), auch: Islamic Movement of Uzbekistan (IMU), auch: Özbekistan Islomiy Harakati (ÖIH)
- Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) und deren Islamische Zentren (IZ)
- Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)
- Islamische Gesellschaft Kurdistans (CIK), früher: Islamische Bewegung Kurdistans (KIH) bzw. Islamischer Bund Kurdistans (HIK) – Nebenorganisation des KONGRAGEL –
- Islamische Heilsfront (FIS)
- Islamische Jihad Union (IJU)
- Islamische Vereinigung in Bayern e.V. (IVB) Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS) Islamischer Bund Palästina (IBP)

- Islamischer Humanitärer Entwicklungsdienst (IHED)
- Islamischer Staat (IS), auch: ISIS oder ISIG – in Deutschland Betätigungsverbot seit 2014 –
- Ismail Aga Cemaati (IAC)
- Jabhat al-Nusra(h), (al-)Nusra(h) Front
- Jaish Aden Abyan (Armee Aden Abyan), Jemen
- Jama`at Islamiya Kurdistan (Islamische Gruppe Kurdistans, auch Komele Islami le Kurdistan, Komala Islami, Jama`at Islami, Group Islam Bapir, Ali Bapir Jama`at Islami Irak)
- Jama`at wa`l Dawa, früher: Laskhar-e Tayyba
- Jemaah Islamiya (Islamische Gemeinschaft), Indonesien
- Jihad Islami (JI)
- Jund al Nusrah
- Jund al-Sham (JaS) [Anmerkung: jihadistisch-salağstische Organisation im Libanon]
- Junud al-Sham, auch: Junud ash-Sham [Anmerkung: jihadistische Organisation in Syrien]
- Kata'ib Ahrar al Sham (KAS)
- Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)
-
- Kongress der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (KCD-E), früher: Konföderation der kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD)
- Koordination der Kurdischen Demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK), früher: Kurdische Demokratische Volksunion (YDK), zuvor: Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERN K), – in Deutschland verboten seit 1993 –
- Kurdische Frauenbewegung in Europa (TJKE, AKKH), Verband der stolzen Frauen (KJB) mit den Gruppierungen Freie Frauenverbände (YJA), Freie Frauenbewegung (YJA-STAR) und Freiheitspartei der Frauen Kurdistans (PAJK), früher: Partei der freien Frauen (PJA), zuvor: Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJ K)
- Kurdischer Nationalkongress (KNK)
- Kurdischer Roter Halbmond (HSK)
- Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB) – verboten seit 1995 –
- Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ)
- Kurdistan-Komitee e.V., Köln – verboten seit 1993 –
- Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)
- Maoistische Kommunistische Partei (MKP), früher: Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)
- Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)
- Medizin mit Herz e.V.
- Millatu Ibrahim - in Deutschland verboten seit 2012 -
- Multikulturhaus Neu-Ulm e.V. - verboten seit 2005 -
- Muslimbruderschaft (MB)
- Muslimische Jugend in Deutschland e.V. (MJD)
- Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)
- Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ)
- Partei der Nationalen Bewegung (MHP)
- Partizan (Flügel der Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten – TKP/M L –)
- Refah Partisi – RP – (Wohlfahrtspartei)
-
-
- Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei (DETUDAK)
- Tablighi Jama`at (T-DXFK) Jamiiyyat al Dawah wal-Tabligh
- Tawhid Germany / Tauhid Germany / Team Tauhid Media – in Deutschland verboten seit 2014 –
- Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI), auch: Tschetschenische Separatistenbewegung (TSB)
- Türkische Hizbullah (TH), auch: Türkische Hizbollah / Hizbollah / Hizb Allah
- Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M L) und Abspaltung Partizan-Flügel
- Türkische Volksbefreiungspartei-Front (TH KP-C Devrimci Sol) – in Deutschland verboten seit 1998 –
- Union der Journalisten Kurdistans (YRK)
- Union der kurdischen Lehrer, Union der Lehrer aus Kurdistan (YMK)
- Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)
- Union zur Pflege der kurdischen Kultur und Kunst (YRWK)
- Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)
- Vereinigung der demokratischen Jugendlichen Kurdistans (KOMALEN -CIWAN), vormals: Bewegung der freien Jugend Kurdistans (TECAK), früher: Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)
-
-
- Volksmujahidin Iran-Organisation (MEK)
-
- Wahrheit im Herzen (DWIH)
- Yatim Kinderhilfe e.V.

IV. Extremismus sonstiger Art

Other types of extremism

- Bürgerbewegung Pax Europa – Landesverband Bayern (BPE Bayern)
- DIE FREIHEIT Bayern
- Pegida Nürnberg
- Politically Incorrect Gruppe München (PI-München)
-
- Scientology-Organisation (SO) und deren Untergliederungen

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juni 2016 in Kraft.

This proclamation shall enter into force on 1st of June 2016

Günter Schuster
Ministerialdirektor
Secretary